

Redekonzept des SPD Fraktionsvorsitzenden Guido Leiwig zur Haushaltsdebatte im Rat der Stadt Bad Honnef am 25.02.2016

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren!

Wir befinden uns in einer prekären Situation. Um der Stadt eine gute **Zukunftsperspektive** zu bieten, müssen wir alles tun, um möglichst bald einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, dann erst können wir wieder zukunftsorientierte Politik machen. Die Beschlüsse, die wir dazu treffen müssen, sind nicht immer populär. Wir müssen den Mut aufbringen, die erforderlichen **Entscheidungen** zu **treffen**, um nicht der gesamten Stadt zu schaden. Dabei stelle ich voran: Die Eckpunkte des uns heute vorgestellten Haushaltsplanentwurfs 2016 mit dem Ziel einen ausgeglichenen Haushalt in 2017 zu erreichen werden von uns grundsätzlich mitgetragen (zu Ausnahmen komme ich noch). Auch wir haben die letzten Jahre die enorme Bedeutung einer gesunden Finanzlage unserer Stadt immer wieder zum Ausdruck gebracht. Der Haushalt ist machbar, die Kostensituation ist in Bad Honnef nicht so schlecht im Vergleich zu anderen Kommunen.

Dabei sind unsere Probleme vor Ort nicht nur hausgemacht. Immer wieder werden Aufgaben, die der Bund den Kommunen auferlegt, nicht hinreichend finanziert. Das **Konnexitätsprinzip** ist nach wie vor löchrig. Der Bund könnte etwa die Wohnkosten für Hartz IV Empfänger übernehmen. Auch die die Kosten für Flüchtlinge und Asylbewerber, Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen, die Pflege und der Kita-Platz – alles Aufgaben, die der Bund gesetzlich vorgegeben hat, müssten endlich **auskömmlich** durch den Bund finanziert werden.

Die Chancen auf einen ausgeglichenen Haushalt in 2017 sind unter den derzeitigen Rahmenbedingungen herausfordernd. Wir arbeiten daran auch **sozialdemokratische Werte** einzubringen, um Bad Honnef sozial gerecht und handlungsfähig zu machen. Letztlich wissen wir alle – und damit meine ich nicht nur die Politik sondern auch unsere Bürgerinnen und Bürger - dass wir um eine Verbesserung der städtischen Einnahmen nicht herumkommen. Natürlich sind wir nicht – und hoffentlich auch nicht der Bürgermeister - für einen wahllosen Rundumschlag. Für uns Sozialdemokraten heißt das ganz konkret, dass zusätzlich erforderliche Lasten **sozial verträglich** verteilt werden müssen nach dem immer richtigen Prinzip des Erfolgsmodells soziale Marktwirtschaft: starke Schultern können und sollen mehr tragen als Schwächere.

Da zum Beispiel, wo Gebühren nach Einkommen gestaffelt sind, muss man unseres Erachtens vor einer allgemeinen Erhöhung intensiv prüfen, wie sich die Staffelung evtl. verändern lässt, um höhere Einkommen prozentual höher an den Gesamtlasten zu beteiligen, und wie sich so trotz höherer Gesamteinnahmen eine höhere Belastung geringerer Einkommen vermeiden lässt. Bei der Satzung zu den OGS und KITAS z.B. haben wir ja da den richtigen Weg eingeschlagen.

Womit aber schaffen wir bei der derzeitigen Situation noch einen genehmigungsfähigen **ausgeglichenen Haushalt**?

Ginge es nach CDU und FDP [Bürgeblock ?] bietet sich natürlich mal wieder Gebührenerhöhungen in **allen** Bereichen an.

Es ist schon erstaunlich wie plötzlich gerade die Fraktionen widerspruchslos dem vorgelegten Programm an Gebühren- und

Steuererhöhungen zustimmen, die zu Zeiten von Bürgermeisterin Wally Feiden immer vehement dagegen waren.

Nachdem man Jahre lang mit einer Blockadehaltung in der Allianz notwendige Weichenstellungen und Entscheidungen verhindert hat, jetzt zu behaupten, es würde nun alles endlich richtig laufen, grenzt schon an großer Selbstironie und Realitätsverlust.

Kostenintensives Sparen kann weder bei solchen Projekten noch in unserem städtischen Haushalt eine Lösung sein. Es bleibt uns nichts als uns auch der **Verbesserung der Einnahmenseite** zuzuwenden, was natürlich erheblich unangenehmer ist, weil man sich mit der Erhöhung von Gebühren und Steuern kaum Freunde macht.

Wollen wir uns in den kommenden Jahren nicht vollends fremd bestimmen lassen, kommen wir nicht darum herum. Wenn dem aber so ist, sollten wir nicht notwendige Beschlüsse bis zur Unerträglichkeit vor uns herschieben, sondern dazu stehen und jetzt handeln!

Beispiel Parkraum:

Auch wir sind für eine Erhöhung der Parkgebühren, aber in einem sinnvollen Konzept und nicht an allen möglichen Orten, quasi nach dem Gießkannen-Prinzip.

Bei der Gestaltung der **Grundsteuer B** sind wir mit einer moderaten Anhebung auf dieser Linie, aber:

1. Ich spreche über eine moderate Erhöhung. Einer Erhöhung auf 730 Punkte statt heute 520 werden wir **nicht zustimmen!** Der ursprünglich geplanten Erhöhung um 110 v.H. auf 630 in 2017 können wir zustimmen, sie ist vernünftig und ausreichend. Kurzfristig spült der höhere

Grundsteuerhebesatz zwar mehr Geld in die kommunale Kasse. Doch auf lange Sicht wird sie kontraproduktiv sein. Bad Honnef verliert an Attraktivität, das Wohnen wird teurer. Das trifft vor allem das Klientel, welches nicht getroffen werden soll.

2. In dem vorher dargestellten Prinzip der sozialen Verteilung der Lasten auf mehrere Schultern muss die **Gewerbesteuer** mit angepackt werden! Eine Erhöhung um sehr moderate 5 v.H., wie schon letztes Jahr diskutiert und für dieses Jahr avisiert, sehen wir als Junktim zur Grundsteuererhöhung. Die Erhöhung der Grundsteuer B belastet alle Hauseigentümer und Mieter in Bad-Honnef. Es ist also mehr als gerecht, wenn auch ansässige Unternehmen, die von einer guten Lage, niedrige Bodenpreise, gute Verkehrsanbindung und moderner Infrastruktur profitieren, mit in die Konsolidierungsverantwortung genommen werden. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass es kleine Gewerbebetriebe ohnehin nicht trifft. Wir hoffen, dass die größeren und großen Betriebe aber sehen, dass Erhalt und Entwicklung der Infrastruktur für gerade sie einen wesentlichen Standortfaktor bedeuten. Natürlich müssen wir dabei die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen immer im Blick behalten. Ein Blick auf die Hebesätze 2015 der Gewerbesteuer in unseren Nachbargemeinden Bonn (490 Prozentpunkte), Königswinter (470 Prozentpunkte) und dem Rhein-Sieg-Kreis zeigt, dass hier alle Kommunen über dem Hebesatz von Bad-Honnef liegen. Damit ist sichergestellt, dass unsere ansässigen Unternehmen keinen zusätzlichen Wettbewerbsnachteil durch die vorgeschlagene Hebesatzerhöhung dulden müssen.

Ich stelle daher den Antrag, über die geplante Erhöhung der Grundsteuer B und Gewerbesteuer auf unserer Linie als ergänzenden Vorschlag separat vom Haushaltsplanentwurf abzustimmen.

Es dürfte allen klar sein, dass die Stadt auch nach einer Haushaltskonsolidierung bis spätestens 2017 nicht plötzlich im Geld schwimmen wird. Wenn wir grundsätzlich aus der Situation herauskommen wollen, bei chronisch knapper Kasse keine großen Bewegungsmöglichkeiten für echte Zukunftsprojekte zu haben, dann werden wir auch langfristig finanzielle Unterstützung in Form von Förderprogrammen brauchen. Um an solche Töpfe heranzukommen brauchen wir dringend das bereits beschlossene integrierte **Stadtentwicklungskonzept**. Dieses Konzept sollte spätestens beim Ausgleich des Haushalts fertig sein, um dann unverzüglich die wichtigsten Projekte angehen zu können.

Das beschlossene Sonderprogramm „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ des Landes NRW ist dazu genau der richtige Weg und zu Recht seitens der Politik eingefordert worden. Würden wir in Zukunft mehr solcher Programme abgreifen, könnten wir zukünftig hoffentlich auf weitere Gebühren- und Steueranhebung verzichten!

Apropos Unterstützung durch das Land NRW und zu den Schuldzuweisungen an das LAND. Man muss solche Förderprogramme auch seitens der Verwaltung nutzen und beantragen. Daher mein Appell: Nutzen sie die gegebenen Unterstützungsmöglichkeiten besser aus, wie jetzt beim Sonderprogramm „Hilfen im Städtebau für Kommunen zur Integration von Flüchtlingen“ des Landes NRW auf Initiative der Politik geschehen.

Ein paar Beispiele:

- Kein Land hat eine so gut ausgebaute Infrastruktur für Integration wie Nordrhein-Westfalen: 50 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten haben ein Kommunales Integrationszentrum.
- Mit dem Programm KOMM-AN NRW, das bundesweit einmalig ist, unterstützt die Landesregierung die Kommunen personell und finanziell. Hierfür wurden 13,4 Millionen Euro veranschlagt. Durch die Einrichtung von sog. "Ankommens-Treffpunkten" soll die sprachliche, kulturelle, soziale und räumliche Orientierung von Flüchtlingen in ihren neuen Nachbarschaften und Quartieren erleichtert werden. Darüber hinaus werden die Kommunalen Integrationszentren befristet personell gestärkt und ihre Aufgaben werden mehr auf die Koordination ausgerichtet. Die Förderung in KOMM-AN NRW gliedert sich wie folgt auf: 7,7 Millionen Euro zur Unterstützung des Ehrenamtes; 1,5 Millionen Euro für die Maßnahmen bei den Integrationsagenturen der Freien Wohlfahrtspflege; 4,2 Millionen für mehr Personal und für erhöhte Sachkosten bei den kommunalen Integrationszentren.
- Damit mehr geflüchtete Familien ein Betreuungsangebot für ihre Kinder in Anspruch nehmen, führt die Landesregierung das Programm "Brückenprojekte" durch. Dieses Programm führt Flüchtlingsfamilien und ihre Kinder niedrigschwellig an die Kindertagesbetreuung heran. In 2016 werden hierfür 20 Millionen Euro investiert. Auch dieses Projekt hat bundesweit Pioniercharakter. Für 2016 liegen schon jetzt rund 600 Anträge zur Förderung von über 5.000 Kindern vor.

Bei den Überlegungen der Fraktionen des jetzigen Rates habe ich gute Hoffnung, dass wir gemeinsam entscheiden werden, was für die Zukunft unserer Stadt wirklich wichtig und richtig ist um endlich vom Verwalten zum Gestalten zu kommen.

Wir dürfen bei allem Sanierungseifer nicht vergessen, dass eine Stadt kein Wirtschaftsunternehmen ist. Soziale und kulturelle Aufgaben dürfen nicht einem Stadtmanagement nach dem ökonomischen Prinzip geopfert werden. Sparen und Einnahmen erhöhen ja, aber ohne die anderen gleichermaßen wichtigen Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger aus dem Blick zu verlieren

Nichts wird von alleine gut. Das Interesse an der schwarzen Null im kommenden Jahr sollte nicht größer sein als das an einer langfristigen, sinnvollen Lösung

Eine große Frage bleibt.

Welche Absprachen trifft die Stadt mit der Kommunalaufsicht bezüglich der Anrechenbarkeit der außergewöhnlichen Belastungen durch Flüchtlinge?

Hierzu ein paar Zahlen: Unter Berücksichtigung des 2.

Änderungspapiers des Haushaltplanentwurfs für 2016 schließt das ordentliche Ergebnis des Gesamtergebnisplans mit einem Defizit von rund 6,3 Mio ab. Die Aufwendungen und Erträge für die Leistungen und Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge ergeben ein Defizit von rund 4 Mio. Unter Berücksichtigung dieser Mindereinnahmen bleibt ein strukturelles Defizit in Höhe von 2,3 Mio. Dieses strukturelle Defizit hat sich im Vergleich zum prognostizierten Ergebnis für 2016 in der

mittelfristigen Finanzplanung des Haushaltplanentwurfs 2015 von rund 1,5 Mio nochmals um fast 1 Mio verschlechtert.

Herr Bürgermeister: Mit diesem Ergebnis sind wir nicht auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung, sondern weit davon entfernt, in 2017 nach dem Haushaltssicherungskonzept einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Auch dann, wenn uns die Kommunalaufsicht die Kosten und Leistungen für Flüchtlinge auf die Haushaltskonsolidierung anrechnet. Und es bleibt die Frage: Wird die Haushaltssicherung, trotz Anrechnung der außergewöhnlichen Belastungen durch die Asylleistungen und einer maßvollen Anheben der Gebühren und Steuern, akzeptiert werden?

Ich komme zum Schluss

Neben der Flüchtlingshilfe engagieren sich viele Menschen in Bad Honnef in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Feuerwehr und Vereinen. Wir bedanken uns auch bei ihnen und wünschen ihnen bei ihrem Engagement weiterhin viel Erfolg und Freude.

Unser Dank gilt allen Mitgliedern der Stadtverwaltung für die während des gesamten Jahres geleistete Arbeit. Insbesondere danken wir der Stadtkämmerin Frau Hofmanns und ihrem Team für die Vorbereitung der Haushaltsberatungen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!